

Jürgen Kerner

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied



Kampagnen

am 6. September 2012

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

reden wir also über Mode!

Mode bezeichnet die in einem bestimmten Zeitraum und einer bestimmten Gruppe von Menschen als zeitgemäß geltende Art, bestimmte Dinge zu tun, Dinge zu benutzen oder anzuschaffen.

Sofern diese Art, etwas zu tun, nicht von sehr großer Dauer ist, sondern im Verlauf der Zeit infolge gesellschaftlicher Prozesse immer wieder durch neue - dann als zeitgemäß geltende - Arten verändert wird.

Ihr erinnert Euch sicher noch. Vor etwa 10 Jahren wurde es in der Politik Mode, den Arbeitsmarkt zu deregulieren.

Der Arbeitsmarkt lasse vor allem im Dienstleistungsbereich nur eine geringe Beschäftigungsdynamik zu und gefährde die internationale Wettbewerbsfähigkeit, hörten wir.

Vermeintlich starre und träge Strukturen müssten aufgebrochen werden, meinten nicht mehr nur Arbeitgeberfunktionäre und ideologisch-neoliberale Wirtschaftsprofessoren, sondern auch nahezu das ganze politische Establishment in Berlin. Die Medien eröffneten ein bislang nicht gekanntes Trommelfeuer auf die sozialen Sicherungssysteme. Die Arbeitslosenversicherung wurde als soziale Hängematte diffamiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

richtig, es ist leiser geworden. Die Mode scheint am Abklingen zu sein.

Als Jugendlicher wollte ich nicht jede Mode mitmachen. Heute weiß ich darüber hinaus, dass manche Moden brandgefährlich sind, brandgefährlich für uns alle und unsere Würde – mit Langzeitwirkung.

Viele Weichenstellungen der Politik haben Arbeit entwertet und Menschen Würde genommen. Selbst wenn die Deregulierung außer Mode zu kommen scheint, spüren wir dennoch ihre Ergebnisse heute und auch in Zukunft.

Die Leiharbeit ist dereguliert.

Die Rente mit 67 eingeführt.

Die Zumutbarkeitskriterien verschärft.

Minijobs gänzlich freigegeben.

In wenigen Jahren wuchs der Niedriglohnsektor rasant an und liegt mittlerweile bei 24 Prozent aller Beschäftigten.

Arbeitsarmut breitete sich aus. 2009 waren laut EU-Statistik 7,1 Prozent der Erwerbstätigen von betroffen. Das heißt: Sie haben weniger als 940 Euro im Monat zur Verfügung.

Parallel zur Ausbreitung der Arbeitsarmut nahm in Deutschland die Zahl der atypisch Beschäftigten rasant zu. Die Zahl der Leiharbeiter stieg von etwa 300.000 im Jahre 2000 auf fast 1 Million im Jahr 2012.

Kurzum: Arbeit droht zur Ramschware zu verkommen.

Das ist unwürdig. Das hat aber auch weitreichende Folgen für die Kaufkraft und die Sozialkassen.

Schon heute werden jährlich über 700 Millionen Euro an Aufstocker-Beiträgen für Leiharbeitnehmer bezahlt, weil sie von ihrer Arbeit nicht leben können.

Prekäre Beschäftigung gefährdet zudem die Betriebe der redlichen Arbeitgeber. Bisher war klar: Der Anbieter des besseren Produkts, des größeren Kundennutzens und der höchsten Produktivität ist am wettbewerbsfähigsten war. Heute heißt es nun: Wettbewerbsfähigkeit stellt man über Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen her – also auf Kosten der Arbeitnehmer anstatt über Qualität der Produkte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute müssen wir die Folgen dieser Politik beobachten und stellen gleichzeitig fest:

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit war vorgeschoben. In den exportorientierten Branchen werden hohe Löhne bezahlt, und der Niedriglohnbereich hält sich noch in Grenzen.

Umgekehrt sehen wir, dass in den Branchen, die nicht oder kaum im internationalen Wettbewerb stehen, die niedrigsten Löhne gezahlt werden.

Zudem ist der Niedriglohnbereich kein Auffangbecken für Niedrigqualifizierte. 70% haben eine abgeschlossene Berufsausbildung und 10% eine Hochschulausbildung.

Der Niedriglohnbereich ist schon gar kein Sprungbrett in „gute Arbeit“. 2/3 aller Niedriglöhner schaffen nie den Aufstieg aus diesem Bereich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es sind aber nicht nur die Menschen betroffen, die zu Niedriglöhnen arbeiten müssen. Sondern wir alle.

Denn diese Politik legt langfristig die Axt an unser deutsches Wettbewerbsmodell an.

Wenn sich berufliche Qualifikation nicht mehr durch Einkommen und Sicherheit auszahlt und der Anspruch auf möglichst hochqualifizierte Arbeitsplätze aufgegeben wird, dann schwächt sich ein wirklicher Erfolgsfaktor Deutschlands. Nämlich qualifizierte Arbeitsplätze, auf denen qualifizierte Menschen benötigt werden, die Produkte herstellen, die sonst keiner fertigen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es geht aber auch ums Grundsätzliche! Nicht umsonst wurde 1948 in den Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geschrieben:

1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.
2. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.
3. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.

Arbeit ist ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens. Gute Arbeit, die Würde hat, bietet Menschen auch Möglichkeiten zu Selbstverwirklichung. Sie stärkt das Selbstbewusstsein, sie bietet materielle Sicherheit und ist damit die Grundlage für eine verlässliche Lebensplanung. Sie fördert gesellschaftlichen Fortschritt und ist Basis des sozialen Lebens. Und sie ist die Basis unserer Ökonomie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Ausweitung des prekären- und Niedriglohnsektors ist ein tiefer Bruch in unserer Arbeitskultur.

Den dürfen wir nicht hinnehmen. Und den werden wir nicht hinnehmen.

Wir brauchen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Denn letztlich ist das „ob und wie“ des Arbeitsverhältnisses für unsere Gesellschaft prägend.

Es geht um ein gutes Leben von Montag bis Freitag und nicht nur dann, wenn man zwei Wochen Urlaub hat.

Reichtum und Wohlstand unserer Gesellschaft gründen nicht auf spekulativen Blasen an den Finanzmärkten. Reichtum und Wohlstand in Deutschland basieren auf der Arbeit von Millionen Beschäftigten in den Werkhallen und Büros, in der Produktion wie in den Dienstleistungen.

Arbeit ist die Basis unserer Wirtschaft – und keine Ramschware!

Der Kampf gegen Prekarisierung und für sichere Arbeitsplätze ist deswegen eine zentrale Aufgabe der IG Metall.

Deshalb sind sie auch Themen unserer Kampagne „Arbeit – sicher und fair“, in der wir das gesamte Erwerbsleben in den Blick nehmen.

Drei Themen stellen wir in den Vordergrund:

1. Die jungen Menschen brauchen einen guten Einstieg ins Berufsleben – sie brauchen berufliche Entwicklungsmöglichkeiten.
2. Wir brauchen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Unser Ziel heißt: Arbeit: Sicher und Fair!
3. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, gut in Rente kommen und dann auch ein gutes Leben führen können! Wir wollen den flexiblen Ausstieg – und nicht die Rente mit 67!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ihr wisst: Kampagne heißt für uns mehr, als schöne Plakate, Broschüren und Tassen zu machen, mit denen wir die Politik auffordern, dieses oder jenes zu regeln.

Natürlich gehört das auch zur Kampagnenarbeit. Für uns ist es aber viel wichtiger, dass wir für die Dinge, die wir kritisieren, selbst Lösungswege anbieten.

Und das können wir natürlich am Besten in unseren ureigenen Handlungsfeldern, in der Betriebs- und Tarifpolitik.

Das sichtbarste Beispiel für die Verrohung der Sitten auf dem Arbeitsmarkt ist die Leiharbeit. Darum haben wir die Leiharbeit thematisiert. Und es ist uns gelungen, sie zu dem arbeitsmarktpolitischen Thema der Republik zu machen.

Weil wir mit der Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ auf diesen Missbrauch aufmerksam gemacht haben! Und diesen Skandal klar benannt haben!

Aber dabei haben wir es nicht belassen.

Zunächst waren wir auf betrieblicher Ebene aktiv. Wir haben über 1.200 Besser-Vereinbarungen in Betrieben erreicht.

Jetzt haben wir Leiharbeit tariflich geregelt. Auf das, was wir hier erreicht haben, können wir alle gemeinsam stolz sein!

Klar: Wir konnten tariflich nicht alles durchsetzen, was wir für richtig halten. Gleiche Rechte und gleiches Geld für gleiche Arbeit ist das noch nicht.

Deshalb bleibt auch die Bundesregierung in der Verantwortung. Sie muss endlich mit gesetzlichen Regulierungen nachlegen. „Heuern und Feuern“ muss auch für Leiharbeit verboten werden. Darum muss das Synchronisationsverbot wieder eingeführt werden. Außerdem brauchen wir die Einführung einer Höchstverleihzeit, um den Abbau von Stamm-Arbeitsplätzen zu verhindern. Und schließlich muss der Grundsatz des „Equal-Pay“ festgeschrieben werden.

Kolleginnen und Kollegen,

trotz unseres Erfolgs bei der Leiharbeit beobachten wir mit zunehmender Sorge, dass bedeutende Teile der Wertschöpfung nicht mehr von den Struktur bestimmenden Unternehmen selbst erbracht werden.

Durch Outsourcing von direkten und indirekten Tätigkeiten werden vermeintliche Kostensenkungsstrategien umgesetzt, die die Wertschöpfungsketten umorganisieren und zu gravierenden Veränderungen in der betrieblichen Realität führen.

So ist es in vielen Betrieben Realität, dass morgens 10.000 Menschen durchs Werkstor gehen, aber nur noch gut die Hälfte beim ursprünglichen Unternehmen beschäftigt ist.

In Folge dieser Entwicklung wird es für uns zunehmend schwerer, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu gestalten sowie einheitliche Wettbewerbsbedingungen bei Lohn, Gehalt und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Letztlich entsteht über diese Randbereiche ein von den Unternehmen bewusst erzeugter Druck auch auf die Kernbereiche, mit der Folge, dass Entgelt- und Arbeitsbedingungen sich nachhaltig verschlechtern können.

Das dürfen und das werden wir nicht akzeptieren.

Wir wollen als IG Metall die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen gestalten. Wir wollen einheitliche Wettbewerbsbedingungen bei Lohn, Gehalt und Arbeitsbedingungen erreichen. Das gilt für jeden und jede! Egal ob er in einem industriellen Kernbereich arbeitet – oder den neu entstandenen Bereichen.

Das Thema der Werkverträge muss angegangen werden.

Werkverträge werden zunehmend als strategisches Instrument der betrieblichen Beschäftigungspolitik eingesetzt. Sie werden genutzt, um bestehende Regulierungsmechanismen in der Leiharbeit zu umgehen,

- weiter Lohndumping zu betreiben,
- Belegschaften zu spalten
- und betriebliche Mitbestimmung auszuhöhlen.

Das, Kolleginnen und Kollegen, werden wir nicht zulassen!

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt hat erst begonnen.

Kolleginnen und Kollegen,

zu fairer und guter Arbeit gehört für mich auch das Thema: Wie kommen wir gesund in Rente und können dann sorgenfrei leben?

Seit Beginn dieses Jahres wird die Regelaltersgrenze jährlich angehoben. Ab 2029 gilt die Rente mit 67.

Das ist und bleibt die gravierendste sozialpolitische Fehlentscheidung in der Geschichte der Bundesrepublik. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden unter den heutigen Arbeitsbedingungen nicht bis 67 arbeiten können.

Damit ist die Rente mit 67 nichts anderes als gesetzlich fixierte Altersarmut! Denn wer mit 60 oder 63 raus muss, weil er nicht mehr kann – der muss mit enorme Rentenabschlägen rechnen.

Kolleginnen und Kollegen,

darum bleiben wir bei unserem Nein zur Rente mit 67.

Da aber unter den gegebenen politischen Verhältnissen eine Abschaffung der Rente mit 67 nicht wahrscheinlich ist, sind wir auch gefordert, andere Wege zu gehen.

Das heißt: Wenn Politik und Arbeitgeber die Rente mit 67 wollen, dann müssen sie mindestens auch dafür sorgen, dass die Leute bis dahin auch arbeiten können. Darauf hinzuwirken, dass sind wir unseren Kolleginnen und Kollegen schuldig. Denn sonst würden wir bewusst Altersarmut von vielen Menschen in Kauf nehmen.

Darum wollen wir dieses Thema nun auch verstärkt im Betrieb angehen. Arbeitsplätze müssen alters- und altersgerecht gestaltet werden.

Zumindest zwei Fragen müssen beantwortet werden:

Was passiert mit Menschen, die bis 67 arbeiten wollen aber nicht können?

Wie können sie aus dem Berufsleben ausscheiden, ohne arm zu werden?

Es muss Entlastung geschaffen werden. Das gilt sowohl für die Fertigung als auch für die Arbeit im Büro. Wir werden die Arbeitgeber in Verantwortung nehmen.

Und fordern von der Politik, sich ihrer Verantwortung für flexible und faire Ausstiegsoptionen zu stellen. Das wird ein wichtiges Thema spätestens im kommenden Bundestagswahlkampf werden.

Kolleginnen und Kollegen,

die junge Generation leidet unter der Deregulierung des Arbeitsmarktes. Ihre Zukunftsperspektiven sind unsicher wie selten.

Natürlich ist Deutschland nicht Spanien, wo 50 Prozent der jungen Menschen arbeitslos sind. Bei uns sind es zum Glück bei den jungen Leuten bis 24 Jahren nur 6,3 Prozent.

Aber auch bei uns ist für die Jugend längst nicht alles in Ordnung.

- Jeder Dritte unter 35 hatte noch nie in seinem Leben einen festen Arbeitsvertrag.
- Rund 49 Prozent der unter 25-jährigen arbeiten im Niedriglohnbereich.
- In den letzten 15 Jahren ist die Erwerbstätigenquote der 20-25-jährigen um knapp 16 Prozent gesunken ist.
- Von 2000 bis 2010 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse bei den unter 25-jährigen um 13 Prozent reduziert. Das sind rund 500 000 Stellen.

Darauf lassen sich weder berufliche Weiterentwicklung noch private Lebensplanung aufbauen.

Darum haben wir - ähnlich wie bei der Leiharbeit – ein Thema ins Zentrum der IG Metall gerückt, das insbesondere den jungen Menschen unter den Nägeln brennt: die Übernahme nach der Ausbildung.

Es ist uns gelungen, die unbefristete Übernahme im Grundsatz in der Metall- und Elektronikindustrie im Tarifvertrag festzuschreiben. Das ist ein wichtiger Baustein für eine gute Perspektive für junge Menschen.

Wir brauchen aber noch sehr viel mehr. Die Politik muss die Themen der jungen Generation endlich auf die Tagesordnung setzen.

Es muss massiv in ihre Zukunft investiert werden. In Bildung, Wissenschaft, Kinderbetreuung, soziale Sicherheitssystem, neue Ordnung am Arbeitsmarkt, Aus- und Weiterbildung – wichtige Themen, die die Jungen für ein gutes Leben brauchen.

Aber auch wir sind gefordert. Wir müssen in unserer Betriebs- und Tarifpolitik die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mehr thematisieren. Nur in 10 Prozent der von uns betreuten Betriebe gibt es hierzu eine Vereinbarung.

Darum wollen wir im Rahmen der Kampagne gemeinsam mit den Beschäftigten betriebs- und alltagsnahe Lösungen entwickeln, die einen Beitrag zu einer familienfreundlicheren Unternehmenskultur leisten.

Kolleginnen und Kollegen,

erinnert Ihr Euch?

Mode bezeichnet die in einem bestimmten Zeitraum als zeitgemäß geltende Art, bestimmte Dinge zu tun. Diese Art etwas zu tun, ist aber nicht von Dauer sondern flüchtig.

So leicht ist es mit dem Arbeitsmarkt leider nicht!

Wir müssen sehr viel Aufwand betreiben, um eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.

Aber wir wissen, was wir können! Und wir haben es in den letzten Jahren immer wieder unter Beweis gestellt.

Lasst uns gleichzeitig gemeinsam, dafür sorgen dass der Deregulierungswahn nicht wieder in Mode kommt!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!